

Schweizer Volk hält an Neutralität und Milizarmee fest!

CHRISTOPH GILGEN

Editoria In der heutigen Zeit der globalen Vernetzung wäre es ein Wichtiges, die eigene Meinungsbildung zu fördern und nicht immer in den Hintergrund zu stellen. Aber leider ist das Gegenteil der Fall. So bin ich doch heute besser informiert, was im Gaza-Streifen passiert, kenne die Anzahl Verletzter in Mazedonien oder bin wiederum «Zeuge» von einem Tankerunglück vor der Küste Frankreichs geworden. Weiss ich aber überhaupt noch, was um mich herum geschieht, welche Probleme sich im eigenen Land abspielen? Wenn man der Nachrichtensendung 10 vor 10 vom Schweizer Fernsehen Glauben schenken will, so kommt man sich in einer absolut heilen Welt namens Schweiz vor. Gemäss 10 vor 10 existieren nur Probleme in den folgenden Bereichen: Kulturförderung, das Verschleudern von Steuergeldern zugunsten der Expo 02 oder aber das mangelnde Engagement der Schweiz im Ausland. Schwerwiegendere Probleme existieren angeblich nicht. Aus diesem Grunde möchte ich Ihnen ans Herz legen, gehen Sie mit offenen und kritischen Augen durch das Schweizer Tagesgeschehen und machen Sie sich wieder eigene Meinungen und äussern Sie diese auch.

WERNER GARTENMANN

Das Schweizer Stimmvolk hat der Militärgesetzvorlage am 10. Juni 2001 äusserst knapp zugestimmt. Im Vorfeld der Abstimmung wurde vom Bundesrat darauf hingewiesen, dass die Ausbildungsvorlage nichts mit einem Nato-Anschluss zu tun habe. Im weiteren haben die Befürworter beteuert, Auslandseinsätze der Schweizer Armee würden nur im Rahmen friedensfördernder Aktionen erfolgen und die dauernde, bewaffnete Neutralität werde strikte bewahrt.

Es muss davon ausgegangen werden, dass eine Mehrheit der Schweizerinnen und Schweizer nach wie vor hinter der Neutralität, der humanitären Aufgabe und der Milizarmee steht. Ein hoher Anteil der Ja-Stimmen hat den Versprechen der Regierung – insbesondere von Bundesrat Samuel Schmid – Glauben geschenkt. Unsere Aufgabe wird es sein, die Arbeiten für die Armee XXI und die anschliessende Totalrevision des Militärgesetzes an diesen Versprechungen gegenüber dem Stimmvolk zu beurteilen.

Die Vereinigung PRO LIBERTATE geht nun daran, den Abstimmungskampf gegen die Armeeabschaffungs-Initiative der Gruppe für eine Schweiz ohne Armee (GSoA) vorzubereiten. Die Abstimmung

steht unmittelbar bevor. Es wird sich dann zeigen, wie sich diejenigen Sozialdemokraten verhalten werden, welche dem Engagement der Armee im Ausland am 10. Juni zugestimmt haben. Vielleicht wird ihnen dann die Hauptaufgabe der Armee, nämlich die Landesverteidigung auf eigenem Boden zu garantieren, nicht unterstützenswert sein... (NB: Die FDP könnte dann der Vereinigung PRO LIBERTATE 100'000 Franken überweisen!).

Für diese harte Auseinandersetzung um die Existenz der Armee und Glaubwürdigkeit der Schweiz müssen wir unseren Landesverteidigungsfonds aufhaken. Wir bitten Sie deshalb, diese Aufgabe durch einen ausserordentlichen «Zustupf» zu unterstützen.

Der Vorstand



in dieser Ausgabe

- 2 Das Ansehen der Schweiz fördern
- 3 Welche Zukunft für die Expo 2002
- 3 Zur Ethik des Journalisten
- 4 Authentischer Brief eines französischen Bauern
- 4 L'Europe des consciences
- 5 Die Schweiz im Bild
- 5 Starke Argumente
- 6 Rückblick Hauptversammlung
- 6 Der neue Vorstand
- 7 Vorsicht: Information Warfare!
- 8 Hilfe! Das Berner Bär-Logo muss bleiben
- 8 Spalte des Präsidenten
- 8 Für Ihre Agenda



Das Ansehen der Schweiz fördern

Vor einem guten Jahr wurde auf Initiative der «Arbeitsgemeinschaft gelebte Geschichte» die «Interessengemeinschaft Schweiz – Zweiter Weltkrieg» (IG) in Bern gegründet. Dabei spielte die Vereinigung PRO LIBERTATE von Anfang an eine aktive Rolle.

DR. SIGMUND WIDMER, ALT NATIONALRAT

Was will die IG? Sie will die Tätigkeiten der vielen privaten Organisationen, welche das Ansehen der Schweiz im Zweiten Weltkrieg zu verteidigen versuchten, aber wenig Kontakt untereinander haben, koordinieren. Ihr unbestrittenes Ziel ist zudem die Schaffung einer Dokumentation, die auf wissenschaftlicher Basis das Verhalten der Schweiz während des Zweiten Weltkrieges objektiv darstellt; denn auch in dieser Hinsicht zeigt sich das gleiche Bild wie bei den Organisationen: Immer wieder kommt es zu schriftlichen Publikationen zu Gunsten der Schweiz, doch fehlt es an einer Koordination dieser verschiedenen Leistungen.

Bisher entwickelte sich die IG gut. Die Zahl der angeschlossenen Organisationen nimmt regelmässig zu. Bei der Gründung waren es 19, derzeit sind es 27. Diese Organisationen vertraten vor einem Jahr knapp 20'000 Mitglieder, heute sind es gegen 24'000. Selbstverständlich nimmt die IG auch Einzelmitglieder auf. Zur Zeit sind es etwa 200. Wer sich für eine solche Mitgliedschaft interessiert, der wende sich an folgende Adresse:
IG Schweiz – Zweiter Weltkrieg
Postfach 1061
8034 Zürich

Warum ist es so dringend nötig, dass sich jene Kreise, die das Ansehen unseres kleinen Landes zu verteidigen bereit sind, aktiv zu Wort melden? Im Herbst 1996 gelangten private Instanzen aus den USA mit Geldforderungen an die Schweiz, die sich auf ein schuldhaftes Verhalten gegenüber jüdischen Flüchtlingen wäh-



Wir sind aufgerufen,
für unsere Geschichte
einzustehen!

rend des Zweiten Weltkrieges stützten. Der Bundesrat beauftragte eine sogenannte Unabhängige Expertenkommission, das Verhalten der Schweiz zu untersuchen. Bei der Auswahl der «Experten» achtete man darauf, neben den ausländischen, jüdischen Persönlichkeiten vor allem solche Schweizer Historiker in die Kommission aufzunehmen, die sich in ihren bisherigen Publikationen darüber ausgewiesen hatten, dass sie der Schweiz des Zweiten Weltkrieges kritisch gegenüberstanden. Vor allem vermied man es, Historiker in die Expertenkommission aufzunehmen, welche die Kriegsjahre noch selber als Erwachsene erlebt hatten. Umso grosszügiger war der Bundesrat in finanzieller Hinsicht: 22 Millionen bezog die UEK.

Diese UEK (nach ihrem Präsidenten meist «Bergier-Kommission» genannt) hat die Erwartungen jener Kreise, die Geld aus der Schweiz holen wollten, mit den bisher vorgelegten «Zwischenberichten» voll erfüllt. Sie bemüht sich, alle Schwachstellen im Verhalten der damaligen Schweiz minutios darzulegen und vermeidet es konsequent, entlastende Fakten zu berücksichtigen. So hat sie mit der faden-scheinigen Begründung, diese Arbeit sei zu kompliziert, den so wichtigen und vom Bundesrat sogar geforderten Vergleich mit der Flüchtlingspolitik anderer Länder ganz einfach nicht vorgelegt.

In dieser Situation mussten sich zwangsläufig die verschiedensten privaten Gruppierungen bilden, welche das Ansehen der Schweiz zu verteidigen suchten. Allerdings, diese zahlreichen, meist finanzschwachen Organisationen haben es schwer. Die grossen Medien bleiben ihnen verschlossen. Die sogenannten Zeitzeugen, jene Frauen und Männer also, die aus eigenem Erleben die damaligen Fakten anschaulich schildern könnten, sterben hinweg; kurz, die Gefahr ist gross, dass die einseitige Darstellung der UEK schliesslich unwidersprochen bleibt.

Damit zurück zur IG. Sie hielt bisher ungefähr alle zwei Monate in Bern eine Versammlung ab, an der jeweils ein bis zwei Referenten Vorträge halten. Es geht ihr dabei ausschliesslich darum, die Fakten aus jenen schweren Jahren ans Tageslicht zu bringen und damit für das Ansehen unseres Landes zu kämpfen. Warum? Weil ein Volk, das seine Selbstachtung verliert, früher oder später seine Existenz einbüsst. Ein Verschwinden der Schweiz würde die IG jedoch zutiefst bedauern; sie beweist, dass Menschen verschiedener Sprachen, Kulturen und Religionen über Jahrhunderte friedlich miteinander leben können. Die Schweiz bildet mit ihrem Verhalten nach innen und nach aussen seit Jahrhunderten ein Vorbild für den Rest der Welt. Das Ansehen eines solchen Landes zu fördern, hält die IG für eine sinnvolle Aufgabe.

Welche Zukunft für die Expo 2002?

Schwärzer kann das Fazit des Ständerates zur Expo 2002 nicht sein. Der Bundesrat hat die finanzielle Lage der EXPO nicht wahrgenommen, diese nie richtig eingeschätzt. Es käme am Ende schon alles gut, meinten die einen und auch die anderen... Politik ist beschönigend informiert worden.

ANOUCHEKA VON HEUER

Nach dem Abgang von Frau J. Fendt war bereits soviel Geld ausgegeben worden, dass das Projekt kaum mehr abzubrechen war. Bei den Finanzen klafft ein grosses Loch.

Von der Expo-Spitze kommt nach wie vor die frohe Nachricht: Es wird schon alles gut...

Auf der einen Seite Babylon am Bildschirm – auf der anderen Beatocelli, Kinderarzt und Helfer der Ärmsten in Kambodscha. Eine Insel der Hoffnung. Über 2'000 Mütter suchen

jeden Tag in Beat Richners Kantha Bopha Hospital, in der kambodschanischen Stadt Siem Reap, dort wo die weltberühmten Tempelanlagen von Angkor Wat stehen, Hilfe für ihre kranken Kinder: Malaria, TBC, Aids, Encephalitis oder Starrkrampf. Kinder leiden stumm. Es herrscht dort eine ehrfurchtvolle Stille wie in einem Tempel. Da muss man helfen! 2'400 Kinder würden jeden Monat sterben, wenn es die Spitäler des schweizerischen Helfers nicht gäbe. Viele dieser Kinder sind in staatlichen Spitälern falsch oder gar nicht behandelt worden. In Dr. Richners Spital werden alle kostenlos aufgenommen.

Mit dem Ende der Schreckensherrschaft der Rothem Khmer kam eine neue Geissel namens Aids ins Land. UNO-Soldaten und ein ganzes Heer von Prostituierten haben die Krank-



Weltweit sterben Menschen, weil Geld und Medikamente fehlen

heit eingeschleppt. In keiner anderen Gegend der Welt steigt die Aidsrate so schnell wie in Kambodscha.

Spenden, die Leben retten PCC: 80-60699-1.

PS. Ein Vorschlag: Man könnte alle weiteren Millionenspritzen an die Expo 2002 stoppen – und Beatocelli unterstützen. Da hätte man wenigstens etwas erreicht. Man hätte Leben gerettet.

Zur Ethik des Journalisten

Der ausgezeichnete Journalist Claude Monnier äussert sich zur Rolle, die die Presse heute in Bezug auf Meinungsbildung spielt. Am Tag nach der Ablehnung der Initiative «Ja zu Europa», äusserte sich Bundesrat Couchepin in Le Temps: Der einzige sichtbare Bruch im Land ist der zwischen der Presse und der öffentlichen Meinung in der Romandie.

ANOUCHEKA VON HEUER

Hätten die Romands mehrheitlich ja gestimmt, wäre das Problem nicht so

sichtbar geworden. Doch sie haben nein gesagt. Und plötzlich wird sich militant pro-europäisch gebärdet.

Die Frage lautet: Ist es die Rolle der Presse, meinungsbildend zu wirken? Man kann diesbezüglich verschiedener Meinung sein. Mancher wird ja antworten, wie zum Beispiel die Zeitschrift Hebdo, die am Vortag der Abstimmung in allen Städten der Romandie Sondernummern gratis verteilte, die aufrufen, sich positiv zur besagten Initiative zu äussern. Andere Journalisten jedoch finden dies ihres Berufs unwürdig. Diesen Berufsleuten ist klar, Auftrag der Medien ist es nicht, Führung zu übernehmen – sei es politisch oder sozial – sondern lediglich der Öffentlichkeit eine so ehrlich wie ausgewogene Information zu vermitteln, die ausserdem so klar wie möglich sein sollte, damit sich jeder frei seine Meinung bilden kann.

Gefährlich wird es, wenn durch die Presse eine dominante Gesinnung entsteht und ein mentaler Druck, der alle verwirrt.

Diese Vorgehensweise der Presse, die den Enthusiasmus der einen und den Zorn der anderen herausfordert, schadet dem Journalismus als solchem, der immer mehr an Kreditabilität verliert. Wichtig ist, dass der Leser genau weiss, wann er Information erhält, und wann man ihm eine Politik verkauft. Dazu kommt eine weitere Gefahr: Journalisten, die Tag für Tag mit der Information spielen, diese dramatisieren oder verunglimpfen, entwickeln sich schliesslich weg vom Journalismus, zu einer Art von politischem Marketing und werden korrupt – beinahe ohne es zu merken...

4 5 Authentischer Brief eines französischen Bauern an den europäischen Kommissar für Landwirtschaft

Monsieur le Commissaire de l'Agriculture,

Mein Freund Robert, wohnhaft in der Bretagne, hat von der Regierung einen Scheck von FF 500'000 erhalten, verknüpft mit der Bedingung, in diesem Jahr keine Schweine zu züchten.

Das ist der Grund, der auch mich dazu bewegt, im kommenden Jahr in das Programm der Nicht-Zucht von Schweinen eintreten zu wollen.

Ich möchte allerdings wissen, welche Ihrer Meinung nach die beste Farm ist, um keine Schweine zu züchten, und welche die beste Rasse von Schweinen ist, die nicht gezüchtet werden sollten.

Ich würde am liebsten keine Wildschweine aufziehen. Aber wenn es keine gute Rasse ist, sie nicht aufzuziehen, dann bin ich auch einverstanden, keine Landrace oder Large White zu züchten.

Die schwerste Aufgabe innerhalb dieses Programms, so scheint mir, dürfte das genaue Inventar bzw. die Anzahl der Tiere sein, die man nicht gezüchtet hat.

Mein Freund Robert ist sehr vertrauensvoll, was die Zukunft seines Geschäftes anbetrifft. Während 20 Jahren hat ihm seine Schweinezucht jährlich höchstens FF 200'000 und dies nur im Jahre 1978 eingebracht. Bis er dann, in diesem Jahr den Scheck von FF 500'000 erhielt. Wenn ich FF 500'000 für 50 Schweine erhalte, kann ich dann erwarten, dass ich FF 1'000'000 für 100 Schweine erhalte, die ich nicht aufziehe usw.?

Ich stelle mir vor, dass ich bescheiden anfangen, bis ich dann etwa 4'000 Schweine nicht züchte, was eine Gegenleistung von FF 4'000'000 im Jahr ausmachen würde, die ich dann in den Kauf einer Yacht investieren könnte. Jetzt bleibt noch eine andere Frage: Diese 4'000 Schweine, die ich nicht mästen werde, werden also auch keine 100'000 Eimer Mais fressen, die ihnen zubestimmt waren. Soll man daraus entnehmen, dass Sie die Bauern ebenfalls zahlen werden, damit sie den Mais nicht produzieren? Anders ausgedrückt: Werden Sie mich dafür entgelten, dass ich die 100'000 Eimer Mais nicht produziere, die die 4'000 Schweine, die ich nicht züchte, nicht fressen werden?

Ich möchte sobald wie möglich in das Programm einsteigen, da, wie mir scheint, diese Jahreszeit besonders günstig ist für die Nicht-Zucht von Schweinen.

Très sincèrement

PS: Kann ich, auch wenn ich in diesem Programm für Nicht-Zucht bin, ein oder zwei Schweine züchten, gerade dass ich etwas Schinken für meine Familie zu essen habe?

L'Europe des consciences

Wie soll man das übersetzen? Auf französisch bedeutet conscience zugleich Bewusstsein wie auch Gewissen. Und es stimmt: Je bewusster ein Mensch wird, desto mehr meldet sich auch sein Gewissen...

ANOUCHKA VON HEUER

Im vergangenen Oktober nahm in Frankreich eine Bewegung Form an, die von Menschen unterstützt wird, welche in diesem Land seit Jahrzehnten durch ihren moralischen Einsatz bekannt sind, an deren Spitze Abbé Pierre, in Frankreich unangefochten höchste Autorität, was ethische Fragen betrifft.

Das gemeinsame Anliegen: Ein anderes Europa muss entstehen!

Solange die Paradigmen, die heute Wissenschaft und Politik bestimmen, wirksam bleiben, welche auch immer die getroffenen Massnahmen sein würden, Europa ist in seiner Wirklichkeit bedroht.

Rettung kann einzig und allein durch eine radikale kulturelle Veränderung kommen... die, für den Moment, vielleicht noch unvorstellbar ist. Doch langsam regt sich Widerstand, weil wir immer zahlreicher sind zu spüren, dass wir in eine Richtung geführt werden, in die wir nicht gehen wollen, und dieses Bewusstsein erwacht nun sogar bei jenen, die Verantwortung tragen und Entscheidungen fällen, weil sie merken, dass sie Komplizen wie auch Opfer einer Entwicklung sind, die unserem Kontinent grossen Schaden zuführt.

Die Situation ist so ernst, dass man plötzlich einsieht, die Probleme, die uns beschäftigen, sind weder politischer, wirtschaftlicher noch finanzieller Natur. Es geht schier um unsere Auffassung des Menschen und der Schöpfung überhaupt...

Informationen können bezogen werden bei: L'Europe des Consciences, Domaine de Chardenoux, F-71500 Bruailles

Selbstzufrieden verrät Kommunikator Klaus J. Stöhlker in seinem neuesten Buch «Wer richtig kommuniziert wird reich» wie man mit Kommunikation zu Geld kommt. 1'000 Euro verdient er selber in der Stunde, indem er Firmen an die Börse begleitet.

nerenden Parks, vielen beeindruckenden Bergen, ein paar idyllischen Seen und vielen hübschen Quartieren wie Bern, Genf oder Basel. Die Schweiz mit ihren 7 Millionen Einwohnern ist für einen New Yorker ja wirklich nicht mehr als eine Stadt. Der hält in der Schweiz kurz Luft an – und schon ist er durch.

Natur und die Schweiz ist sich ihrer kulturellen Sendung seit 1849 auch immer stärker bewusst geworden. Aus diesem Bewusstsein erwächst das Bedürfnis einer Repräsentation unserer nationalen Geistesziele.

Nun zeigt sich hier ein schweizerisches Grundübel. Die Schweizer zie-

Die Schweiz im Bild – gestern und heute

ANOUCCHKA VON HEUER

- Wenn eine Firma professionell kommuniziert, steigen ihre Aktienkurse. Wer eine Botschaft erfolgreich verkaufen kann, macht die Firma reicher.
- Konnten Sie in der letzten Zeit gut schlafen, wird Herr Stöhlker gefragt, waren Sie doch Berater bei Swissair.
- Mein Schlaf ist überhaupt nicht gestört, sagt der Selbstbewusste. Derzeit arbeite ich auf Hochtouren daran, die Kommunikation der SAIR Group wieder in ordentliche Bahnen zu lenken.

Die besten Kommunikatoren in der Schweiz sind laut Stöhlker: Adolf Ogi, Christoph Blocher, Frank A. Meyer, Nicolas Hayek.

Die Schweiz habe ein *Image-Problem*, meint der Berater:

- Man kanns auf einen Nenner bringen: Die vielen Kommunikationsinitiativen von *Präsenz Schweiz*, *Pro Helvetia* oder den verschiedenen Departementen, müssten zusammengefasst und durch einen zentralen Informationschef gesteuert werden. Heute verzettele man sich da zu sehr.
- *Die Botschaft des Landes sollte lauten: Die Schweiz ist die schönste Stadt der Erde, eine Stadt mit faszi-*

Die Amerikaner haben Herrn S. dazu erzogen zu sagen: *We are the Greatest* – statt sein Licht unter den Scheffel zu stellen.

...Und das war, 1939, der ursprüngliche Auftrag von Pro Helvetia

Der pluralistische Geist, für den hegende und pflegende Hände vonnöten wären, bedarf eines kulturellen Überbaus, der nicht gleichbedeutend sein darf mit der Beschneidung der geistigen Fülle oder Bedrohung des geistigen und politischen Föderalismus.

Diese Institution müsste zur Beschützerin der Kulturreichhaltigkeit werden, so meinte Bundesrat Etter, ja zu einem Bollwerk gegen allzu gefährliche Bestrebungen der Zentralisation. Unser Existenzberechtigung seit dem 16. Jahrhundert liegt in der geistigen Leistung für Europa und die Welt.

Was menschliche Zusammenarbeit auch über die Grenzen der Wissenschaft hinaus vollbringen kann, mag durch das Beispiel der Landesausstellung von 1939 angedeutet sein:

Wenn unser Staatswesen auch zeitweise zu erstaunlicher Machtentfaltung gelangte, die höchsten Ziele unseres Volkstums sind geistiger

hen es, in ihrem Misstrauen gegenüber dem «Geistigen» vielfach vor, sich von Parteifunktionären, kirchlichen und wirtschaftlichen Institutionen führen zu lassen. *Was der Schweiz vor allem not tut, ist die Sammlung der geistigen Kräfte.* Das Anliegen dieser Exekutive sollte sein *die Pflege des Schweizerischen Volkstums, die Beeinflussung des Sittlichen, die Lenkung und Förderung von Kunst und Wissenschaft, der Heimatschutz im engeren und weiteren Sinn, nationale Veranstaltungen, schweizerische Schule und Bildung, schliesslich Radio und Filmwesen könnten von dieser Stelle Impulse empfangen.*

Pro Helvetia sollte, das war ihr ursprünglicher Auftrag, zum *sichtbaren Gewissen des Landes* werden und ihr Wirken auch in sozialer Hinsicht bedeutungsvoll sein. Die grössten Schweizer Persönlichkeiten sahen ihren Wert stets in der Verbundenheit mit dem Volksganzen. Die friedliche Weiterexistenz unseres Landes hängt davon ab. Diese Institution sollte, im wahrsten Sinne des Wortes, eine *Arbeitsgemeinschaft* sein, nämlich ein dichtes Netz von wissenschaftlichen Vereinen, künstlerischen Verbänden, Kulturgesellschaften und Stiftungen, die zum Instrument der Förderung des Geistes in unserem Land würde.

Starke Argumente



Gerade heute sind wir auf klare und sauber reflektierte Aussagen angewiesen. Dem *selbstgerechten* und *anwaltschaftlichen* Journalismus, welcher bereits Verantwortliche aus Politik und Wirtschaft dirigiert, können Bürger und Bürgerinnen nur entgegenreten, wenn sie über starke Argumente verfügen. Die direkte Demokratie ist auf eine aktive Bürgerschaft angewiesen: Nehmen wir nicht Stellung, bestimmen andere über uns – nicht zuletzt die *Schreibstuben* der Medienkonzerne...

Die Schriftenreihen der Vereinigung PRO LIBERTATE beinhalten klare Stellungnahmen zu grundsätzlichen Fragen der Gesellschaft, des Staates und der historischen Rolle unseres Landes. Wir freuen uns, wenn Sie die attraktiven Schriften auch Ihren Verwandten, Freunden und Bekannten weitergeben.

Senden Sie mir bitte eine Dokumentation mit den Schwerpunkt-Themen Ihrer Schriftenreihe

Name _____
 Vorname _____
 Strasse _____
 PLZ/Ort _____
 Datum _____
 Unterschrift _____

Einsenden an: PRO LIBERTATE
 «Schriften» • Postfach • 3000 Bern 11
 Fax: 031 332 57 85



Rückblick auf die Hauptversammlung vom 10. März 2001 in Bern

Die Gebirgstruppen sind für die Landesverteidigung unentbehrlich – auch in der Armee XXI.

WALTER RYTZ

Werner Gartenmann, unser neuer Präsident, führte die rund 70 Mitglieder unserer Vereinigung zügig durch die Traktandenliste.

Wir erwähnen hier einige Schwerpunkte:

Das Jahr 2000 hat den Präsidenten und die Vorstandsmitglieder, die sich alle neben- und ehrenamtlich für unsere Sache einsetzen, durch die vielen Tätigkeiten stark belastet.

- Im Rahmen des General-Guisan-Zyklus wurden drei sehr gut besuchte Veranstaltungen durchgeführt.
- Zur Armee XXI haben wir verschiedene Stellungnahmen herausgegeben.
- Mit grossem Aufwand kämpften wir gegen die Umverteilunginitiative (UMVI).
- Gegen die Initiative «Ja zu Europa» sind wir aktiv und vor allem mit einer Plakataktion aufgetreten. Unsere Mitglieder haben uns mit freiwilligen Beiträgen stark unterstützt.
- Aktiv beteiligen wir uns an der Interessengemeinschaft Schweiz – 2. Weltkrieg, die sich zum Ziel gesetzt hat, für die heutige Generation und für die Nachwelt das einseitig dargestellte Geschichtsbild über die Schweiz im 2. Weltkrieg der Bergier-Kommission und der jungen Historiker zu korrigieren.

- Neu erscheinen die PL-Mitteilungen 6x im Jahr.

Die vielen Einsätze haben auch unsere Kasse stark beansprucht, so dass wir das Jahr mit Mehrausgaben von über Fr. 15'000.– abschliessen. Trotzdem werden wir den Mitgliederbeitrag nicht erhöhen. Vor allem der Landesverteidigungsfonds muss nun durch Spenden wieder geäufnet werden, damit wir gewappnet sind für die nächsten Abstimmungsherausforderungen.

Wir freuen uns, dass wir unseren Vorstand durch eine aktiv mitarbeitende Kollegin, Frau Annemarie Gür-Bossard aus Lauterbrunnen, ergänzen konnten. Sie wurde einstimmig gewählt.

Die vorgeschlagene Statutenrevision wurde genehmigt.

Der Vorstand arbeitet nun in vier Projektgruppen:

Projektgruppe 1: Strategie, Redaktion, PR, Veranstaltungen

Projektgruppe 2: Finanzen, Mitgliederbetreuung, Administration

Projektgruppe 3: Werbung, Marketing

Projektgruppe 4: Task Force für Sonderaufgaben

Über die Tätigkeiten im Jahr 2001 werden wir Sie laufend orientieren.

Anschliessend an die HV referierte Korpskommandant Beat Fischer, Kommandant des Gebirgsarmee-korps 3, über das Thema «Die Gebirgstruppen in der Armee XXI».

Der Vortrag, in dem KKdt Fischer auch einige kritische Bemerkungen

zu Einzelfragen der vorbereiteten Armee XXI machte, wurde von allen Teilnehmern aufmerksam verfolgt und löste eine angeregte Diskussion aus. Wir halten hier einige kritische Punkte aus dem Vortrag und aus der Diskussion fest.

- Die Armee 95 muss reformiert werden, die Armee XXI weist den Weg für diese Reform.
- Die Armee XXI wird weniger Gebirgstruppen aufstellen. Die Sicherung der Alpenübergänge, seit Beginn der Eidgenossenschaft eine wichtige Aufgabe unseres Landes, gehört nicht mehr zu den Schwerpunktaufgaben der Armee.
- Die «jungen Turbogeneräle» haben weitgehend an der Geschäftsleitung des VBS vorbei die neue Armee entwickelt. Sie soll flexibel, natotauglich, aus Kampfbrigaden nach Bedarf modular zusammengestellt und im ganzen Natoraum einsetzbar sein.
- Die neue Armee wird nur in Ausnahmefällen die in der Bundesverfassung festgehaltenen Aufgaben im Alleingang lösen, im Normalfall ist eine Kooperation mit fremden Truppen vorgesehen.
- Die «Turbogeneräle» blocken jede Anregung oder Kritik an ihrem Konzept ab und verteidigen ihre Vorschläge mit Schärfe gegen alle Andersdenkenden.
- Das Resultat ist eine gewisse Spaltung zwischen Berufs- und Milizoffizieren und auch innerhalb des VBS zwischen Generalsekretariat und Geschäftsleitung.

Bei dem offerierten Apéro und beim anschliessenden Mittagessen wurde die lebhafte Diskussion fortgesetzt.



Werner Gartenmann
Präsident



Max Gerber
Vizepräsident
Ehrenmitglied



Marcel Bieri
Kassier



Thomas Fuchs
Sekretär



Walter Rytz
Alt Präsident
Ehrenmitglied



Christoph Gilgen




Christian Schmid



Annemarie
Gür-Bossard

Der neue Vorstand PRO LIBERTATE

VORSICHT: Information Warfare!



Es vergeht heute kaum ein Tag, an dem nicht über Computer-Viren, über Hacker oder Computer-Vergehen generell berichtet wird. Kein Land ist mehr vor Internet-Kriminalität gefeit und die moderne Welt zugleich in überaus starkem Masse von einer funktionierenden Informationstechnik abhängig. Was wäre etwa, wenn Grossbanken aufgrund elektronischer Manipulationen in Zahlungsunfähigkeit getrieben würden? Wenn Terroristen ihre Ziele in dieser Cyber-Welt suchten? Wenn ein Staat ein anderes Land massiv mit elektronischen Mitteln angreifen würde? Dies ist kein Sciencefiction-Szenario mehr! Ein bekannter Sicherheitsexperte Washingtons gab kürzlich zu, dass «ein konzentrierter Anschlag mit Mitteln der Informationstechnik die Regierung und die Wirtschaft der USA lahmlegen kann». In der Tat: Um ein Land heute in seiner Funktionsfähigkeit weitgehend zu zerstören, sind keine Armeen mehr erforderlich...

DR. RENÉ HÄNGGI

Der deutsche Bundesnachrichtendienst veranstaltete unlängst ein internationales Symposium mit hochrangigen Experten aus mehreren Nationen, um die bereits heute brisante Bedeutung eines Information Warfare herauszustreichen. Etliche dargelegte Vorfälle auf diesem Gebiet vermittelten ein schon dramatisches Bild: So zerstörten die USA im Kosovo-Krieg eine Fernsehsendung der Jugoslawen; es wäre durchaus möglich gewesen, auf demselben Kanal ab sofort ein eigenes Programm der Psychologischen Kriegsführung der USA laufen zu lassen, ohne dass die dortige Bevölkerung dies bemerkt hätte. Die serbische Hackergruppe «Schwarze Hand» verübte zahlreiche Angriffe auf Computer der NATO. Schon am ersten Tage ihrer Luftschläge wurde ihr Internet-Rechner für Stunden lahmgelegt.

Inzwischen gibt es im Nahen Osten ein Vorspiel zu einem solchen Krieg um Informationen: Pro-palästinensische Hacker legten die Börse Tel

Aviv lahm, die Bank of Israel und blockierten die Internetseiten des dortigen Aussenministeriums für volle zwei Tage. Der neue israelische Geheimdienst «Malmab», dessen eine Abteilung nur aus Computer-Hackern besteht, attackierte die Websites der Hamas sowie das Online-System eines iranischen Ministeriums und brachte die Server der islamischen Hisbollah-Miliz zum Kollaps. Taiwan registrierte letzten Sommer 72'000 Hackerangriffe aus der Volksrepublik China. Dort wiederum befürchtete man, dass bei einem militärischen Aufmarsch Pekings gegen den Inselstaat dortige Rechner das chinesische Festland in ein Computerchaos stürzen würden.

Nach offiziellen Angaben Washingtons ist das Pentagon jährlich durchschnittlich 250'000 mal das Ziel von Hackern! Anfang 1998 drangen diese sogar mehrere Tage lang in dortige Rechner ein. Etwa 20 Monate später wurde bekannt, russische Computer-Hacker hätten seit Jahresbeginn Computer des Pentagon, des Energieministeriums und solche von militärischen Forschungseinrichtungen der USA geknackt; inzwischen gilt als sehr sicher, dass sie an den Geheimschlüssel der Marine gelangten. Die Amerikaner werden jetzt innert der nächsten zwei Jahre ein Internet-Schutzschild gegen derartige Angriffe aus dem Ausland aufbauen, die Kosten betragen über 50 Milliarden Dollar! Gegner müssen fortan mit Gegenschlägen rechnen: Nordamerikanische Geheimdienste werden sehr bald in der Lage sein, die Rechner in missliebigen Staaten gezielt mit Viren zu bombardieren, ohne geringsten Verdacht auf die Vereinigten Staaten zu lenken. Wie verlautet, könnte man sogar einen Verdacht auf völlig unbeteiligte, nichtsahnende Länder entstehen lassen!

In Westeuropa gibt es bisher kaum Verständnis für diese Gefahren aus dem Internet. Auf der genannten Tagung des deutschen Bundesnachrichtendienstes meinte der stellvertretende Direktor des National Infrastructure Center der US-Regierung dann auch, vielleicht werde erst ein «elektronisches Pearl Harbor» die Öffentlichkeit aufrütteln.



SO aber SO sicher nicht!

Helfen Sie mit: Der Berner Bär muss bleiben!

Die Vereinigung BERNAKTIV, die Schweizerische Volkspartei der Stadt Bern, die Schweizerische Volkspartei Bümpliz und Umgebung, die Schweizerische Vereinigung PRO LIBERTATE, die Monatszeitung BERNAKTUELL, die Junge SVP Stadt und Kanton Bern sowie die Stadtratsfraktion der SVP/Jungen SVP protestieren energisch gegen den vom Berner Gemeinderat geplanten Logowechsel und die Abschaffung des Berner Wappens!

Trotz der desolaten Finanzlage soll eine über 800jährige Tradition ohne jeglichen Nutzen gebrochen werden. Es gibt in der Bundeshauptstadt wichtigeres zu tun! Wenn auch Sie den Berner Bär im Wappen erhalten wollen, dann unterzeichnen Sie den nachstehenden Protestaufruf oder schreiben Sie direkt an den Gemeinderat der Stadt Bern, Erlacherhof, 3011 Bern (Fax 031 321 60 10, E-Mail: stadtkanzlei@bern.ch).

Die nachfolgend Unterzeichnenden unterstützen diesen Protestaufruf:

Name	Vorname	Adresse	PLZ/Wohnort

Unterzeichnen können alle, ungeachtet von Alter, Nationalität und Wohnort.

- Ich will diese Protestaktion finanziell unterstützen, damit weitere Inserate erscheinen können. Bitte senden Sie mir einen Einzahlungsschein.
- Senden Sie mir weitere ___ Unterschriftenbogen sowie je ein Gratisexemplar der Zeitungen BERNAKTUELL, DIE IDEE und «Mitteilungen PRO LIBERTATE».

Absender:

Einsenden an Komitee:

«Der Berner Bär muss bleiben»
Postfach 6803, 3001 Bern
oder per Fax an 031 981 39 82

Für Ihre Agenda...

25. August 2001:
Besuch bei der Panzergrenadier-Rekrutenschule und Besichtigung der Leopard-Simulatoren in Thun
Veranstaltung der Vereinigung PRO LIBERTATE.
Einladungsunterlagen folgen.

Herbst 2001:
Geburtsstagsfeier:
45 Jahre PRO LIBERTATE
Veranstaltung zum Gedenken an die Ereignisse in Ungarn von 1956 mit Gästen aus Ungarn und der Schweiz.
Einladungsunterlagen folgen.

Impressum

Druck und Administration:
Schwarzenburger Druck + Verlag AG,
3150 Schwarzenburg
Redaktion: W. Gartenmann, M. Gerber
Adressänderungen: Pro Libertate, 3000 Bern 11,
Fax 031 332 57 13
Internet: www.prolibertate.ch
Abdruck mit Quellenangabe und Beleg erlaubt.
Erscheint 6x jährlich. Leserzuschriften müssen nicht die Meinung der Redaktion wiedergeben.
Spenden: PC-30-26847-0

Vorstand

Werner Gartenmann (Präsident),
3172 Niederwangen
Max Gerber (Vizepräsident), 3000 Bern 16
Marcel Bieri (Kassier), 3052 Zollikofen
Thomas Fuchs (Sekretär), 3018 Bern-Bümpliz
Walter Rytz, 1133 Lussy-sur-Morges
Christoph Gilgen, 3032 Hinterkappelen
Christian Schmid, 3283 Niederried bei Kallnach
Annemarie Gür-Bossard, 3822 Lauterbrunnen

Spalte des Präsidenten

WERNER GARTENMANN

Im 3. Abschnitt der Bundesverfassung werden die Zuständigkeiten der Bundesversammlung aufgeführt. Unter dem Titel «Überprüfung der Wirksamkeit» hält Artikel 170 fest: «Die Bundesversammlung sorgt dafür, dass die Massnahmen des Bundes auf ihre Wirksamkeit überprüft werden».

Wer Verantwortung trägt, überprüft und wenn notwendig, löst er Konsequenzen aus. So machen es zum Beispiel Unternehmer, Ingenieure, Ärzte, Lehrer, Bauherren, Mechaniker, Mütter.

Kommen National- und Ständerat der Führungsaufgabe «Überprüfen» nach? Lassen wir einige Ereignisse Revue passieren: Hat der Bund auf die ausländischen Angriffe wegen der Haltung der Schweiz während des Zweiten Weltkrieges wirksam gehandelt? Wird die Arbeit der «Bergier-Kommission» auf ihre Wirksamkeit überprüft, ja wird der erteilte Auftrag überhaupt überprüft? Hat der Bundesrat den Start der Expo 02 wirksam geführt? Sind die Massnahmen des Bundes zur Behebung des Lastwagenstaus auf unseren Transitachsen wirksam? Ist das von Bundesrat Leuenberger ausgehandelte Abkommen mit Berlin über die Anflugsachsen auf Zürich-Kloten wirksam? Wird die Armereform XXI eigentlich vom Parlament überprüft? Oder ist einfach alles in Ordnung, in Harmonie? Beschränkt sich Politik nur noch auf die Beschaffung von Finanzmitteln und Aufrechterhaltung einer Harmonie zwischen Regierung, Parlament und Verwaltung?

Wir verlieren viel zu viel Zeit im Nachdenken, was politische Kultur ist und wie man nett sein könnte.

In der Zwischenzeit gehen durch die «praktizierte Interessenprostitution» zugunsten ausländischer Forderungen zunehmend unsere Stärken verloren. Der Tanz um die Götzen «Polit-Globalisierung» und «Solidarität» stärken unsere Position nicht. Ermattung und Lähmung nisten sich ein. Der Selbstbehauptungswille in den einzelnen Köpfen und in den verantwortlichen Gremien verkümmert. Die Folgen dieser «ungeprüften Wirksamkeit» haben die Steuerzahler zu tragen. Artikel 170 der Bundesverfassung ist ein Auftrag. Um diesen umsetzen zu können, benötigen wir keine netten Mandatsträger, keine Harmonie und keine Diskussionen über Fragen des politischen Stils, sondern Mut und die Sicht für die übergeordnete Sache.